

Gegen Schröders Agenda 2010!

... ein kleiner Blick in Ihre Zukunft:



Sozialabbau:

- **Zahnersatz** wird ab 2005 aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen, eine Zusatzversicherung ist Pflicht.
- **Krankengeld** Die Finanzierung trägt allein der/die Beschäftigte
- **zusätzliche Zuzahlungen** in Höhe von bis zu 10 € für jede Leistung
- **Anhebung des Rentenalters** auf 67
- **Kürzung des Arbeitslosengelds** von 32 Monaten auf 18 Monate
- **Abschaffung der Altersrente** für Schwerbehinderte
- **Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen** für niedrig bezahlte Arbeit und von nicht arbeits- und sozialrechtlich gesicherten „Arbeitsgelegenheiten“
- **Arbeitslosengeld 2** wird auf Sozialhilfeniveau abgesenkt
- **Ausgrenzung von Leistungen insbesondere für Frauen** durch „Neudefinition“ des Begriffs „arbeitslos“

Eingriffe ins Arbeitsrecht

- **willkürliche Entlassungen** werden durch Änderung der Kleinbetriebsklausel auch in größeren Betrieben ermöglicht
- **Wegfall der Berücksichtigung der individuelle sozialen Situation** bei der Sozialauswahl durch die Begrenzung der Kriterien.
- **Unterlaufen der Tarifverträge** durch sogenannte betriebliche Bündnisse für Arbeit durch die Forderung und Androhung von gesetzlichen Änderungen

**Wir protestieren gegen die Agenda 2010
und für Alternativen zum Sozialabbau**

**Samstag, 1. November, 2003,
ab 13.00 Uhr auf dem Alexanderplatz**



Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland verschiedene Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und Gesundheits- »reform«. Damit betreibt die Schröder/Fischer- Regierung die größten Angriffe auf die Lebensund Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg.

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes macht sie Hunderttausende von Erwerbslosen zu Sozialhilfebezieher/ innen. Gleichzeitig plant sie die Absenkung der Sozialhilfe. Das Hartz Konzept bedeutet Übergang zur Zwangsarbeit, bereitet Lohnsenkungen den Weg und höhlt Tarifverträge aus.

Für Zahnersatz und Krankengeld sollen wir in Zukunft selbst aufkommen. Eintrittsgeld beim Arzt und höhere Zuzahlungen für Medikamente sind geplant. Wir sollen 20 Mrd. Euro mehr zahlen.

Die Renten sollen so abgesenkt werden, dass die meisten Rentner/innen in Zukunft nicht mehr haben als Sozialhilfe und die Altersarmut steigt. Uns wird eingeredet, es sei kein Geld da. Dabei hat sich die Produktivität in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum ist enorm gewachsen! Den Unternehmerverbänden und der Regierung geht es nur darum, den Banken und Konzernen auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschieben. Sie sind es, die für Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich sind.

Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Mrd. Euro in die Kassen der Unternehmen. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich 16 Mrd. Euro mehr auf ihren Konten. Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird mit Kürzungen bei Erwerbslosen in Höhe von 6 Mrd. Euro finanziert. Der geplante Kauf von 60 Militär-Airbussen kostet 8,3 Mrd. Euro – aber der Rentenzuschuss von 2 Mrd. Euro soll gestrichen werden. Der internationale Standortwettbewerb der großen Konzerne und Regierungen führt auch in anderen Ländern zu »Strukturanpassungen«, Senkung von Unternehmersteuern, Kürzung von sozialen Leistungen, Löhnen und Gehältern.

Der DGB hat in der 5-Punkte-Reformagenda den Weg gezeigt, wie durchgreifende Reformen möglich sind, die nicht einseitig die Arbeitnehmer und Arbeitslosen belasten. Der DGB schlägt eine zweistufige Herangehensweise vor. 1. Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung in der aktuellen Krise und in Stufe 2 Reformen in der Aufschwungphase. Die Maßnahmen im Überblick:

1. Stufe (Krisenintervention):

- Offensive Finanzpolitik: Investitionsoffensive von 15 Mrd. € durch den Staat;
- Senkung des Eingangssteuersatzes auf 17 %, was einen Nachfrageimpuls von 5 Mrd. € bringt.
- Senkung der Sozialabgaben um durchschnittlich 8,5 Beitragspunkte in zwei Stufen (Entlastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern um 50 Mrd. € durch Steuerfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen);
- Integrierte Versorgung im Gesundheitssystem (Arztpraxen, Krankenhäuser und andere arbeiten zusammen) und Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze erbringt 25% Ersparnis und neuen Mittelzufluss.

2. Stufe (Reformen in der nächsten Aufschwungphase):

- Steigendes Steueraufkommen für eine Konjunkturausgleichsrücklage nutzen;
- Steuerfinanzierung von notwendigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen;
- Senkung der Sozialabgaben durch Einführung eines Freibetragssystems für Niedrigverdienende;
- Schrittweiser Umbau der Arbeitnehmer- zu einer allgemeinen Solidarversicherung (Einbezug von Beamten und Selbständigen).

Reformen JA - Soziale Spaltung NEIN !

Das ist die Antwort des DGB auf die Agenda 2010! Die Probleme unseres Sozialstaats sind lösbar, wenn alle in unserer Gesellschaft sich gemeinsam anstrengen und bereit sind, die Lasten eines Umbaus solidarisch zu tragen.